

Wähler des Zentrums!

Ihr seid Katholiken und haltet Euren Glauben hoch. Das ist gut so! Denn Ihr seht im katholischen Glauben die Wahrheit und Ihr handelt nach Eurer Ueberzeugung ohne Rücksicht auf den Spott und Hohn, der Euch von mancher Seite reichlich zuteil wird. Das kann Euch nur ehren! Ihr wißt auch, daß solch einem lebendigen Glauben keine Gewalt des Staates etwas anhaben kann. Das hat ja auch der große Bismarck lernen müssen, als er sich in seinem unglückseligen

Kulturkampf

eine schwere Niederlage holte. Genau so hat sich das Ausnahmengesetz von 1878 gegen die Sozialdemokraten als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Auch die ganze preussische **Gewaltspolitik** gegen die Polen hat bis jetzt dem Polentum nur Vorteile gebracht und den Widerstand der Polen erst richtig geweckt und organisiert. Das alles ist ganz natürlich, denn **man kann eben ideale Mächte nicht mit dem Polizeinüßel totschlagen**

und die Wahrheit erst recht nicht!

Leider hat unsere heutige Regierung das noch immer nicht begriffen. Alte Kulturkampfreste werden nach wie vor sorgsam gehütet. Zur gänglichen

Aufhebung des Jesuitengesetzes

vermag man sich nicht aufzuschwingen.

Auch heute noch werden Sozialisten, Polen, Dänen, Elässer, Freireligiöse und Juden bei uns als Staatsbürger zweiter Klasse angesehen und vielfach in geradezu empörender Weise schikaniert.

Mit plumpen Polizeimaßregeln glaubt man etwas zu erreichen auf einem Gebiete, wo nur mit **geistigen Waffen** gekämpft werden kann. Allerdings ist das für viele Leute eine unbequeme Kampfweise, denn hier muß alles, was als **echt und wahr** gelten will, die

Feuerprobe der Kritik

aushalten und so sein Daseinsrecht erweisen. Denn die Wahrheit ist kein Treibhauspflänzchen, das Wind und Wetter nicht vertragen kann, eher gleicht sie einem mächtigen Eichbaum, der den stärksten Stürmen trotzt und seine Blätter dabei lustig rauschen läßt. **Der Wahrheitskämpfer ist also kein Angstmeier.** Er meidet nicht den Verkehr mit Leuten, die andere Ansichten haben. Er liest auch Bücher und Zeitungen, die nicht auf dem Boden seiner Weltanschauung stehen. Er geht auch hin und wieder einmal in eine **gegnerische** Versammlung. Das alles tut er, um die Gedanken der Gegner **an der Quelle** kennen zu lernen, denn wenn er nur das davon erfähre, was sein Parteiblatt ihm mitzuteilen für gut findet, so würde er eine durchaus unzulängliche Vorstellung von dem Gegner bekommen, selbst wenn das Parteiblatt sich bemühte, gerecht zu sein. Denn alle Wissenschaft aus zweiter Hand kann das Quellenstudium nicht ersetzen.

Nun fragen wir Euch, Ihr Zentrumswähler: Sind Eure Führer solche Wahrheitskämpfer? Haben diese Männer wirklich Vertrauen auf die Güte ihrer Sache? Lassen sie den Gegner überhaupt zu Wort kommen? Geben sie in Euren Versammlungen freie Diskussion? Sperren sie Euch nicht fast

Insidicht

von fremdem Geistesleben ab? Muß denn wirklich alles konfessionell eingerichtet werden, von der Vorromanus-Bibliothek bis zur Götter-Gesellschaft, vom Säuglingsheim bis zum Kirchhof? Brauchen wir wirklich einen katholischen Verein gegen die Trunksucht und eine evangelische Bahnhofswache für allein reisende Mädchen? Ist es nicht ein Armutszeugnis, daß man Krankenfürsorge und Wohlfahrtspflege, Volksbildungsbestrebungen und Ständevereine fast nur in konfessionellem Rahmen kennt? Gewiß, auch auf evangelischer Seite sind ähnliche Bestrebungen vorhanden. Aber bedauerlich ist es auf jeden Fall, daß diese Scheidewände fast überall errichtet werden. Besonders verhängnisvoll ist das für unsere Schulen.

Die konfessionelle Schule,

das ist ja das Zentrumsideal, das übrigens auch von den protestantischen Konservativen proklamiert wird.

Der ganze Unterricht soll hier vom konfessionell-religiösen Geiste

„durchtränkt“

sein, um den Kindern das wertvolle Gut der Glaubenslehre recht dauerhaft in die Seele zu pflanzen. Sehen wir uns die Sache einmal mit praktisch-nüchternem Blicke an! Ist es überhaupt möglich, die Konfession zur Unterlage des **gesamten** Unterrichts zu machen? Wenn man sie nicht an den Haaren herbeiziehen will, ist für sie nur in der Religionsstunde Raum. Man kann doch keinen katholischen oder evangelischen Unterricht im Lesen, Schreiben, Rechnen, Singen, Turnen, in Erd-, Tier- und Pflanzenkunde geben! Höchstens der Geschichtsunterricht ließe sich konfessionell „gestalten“. Daß dabei aber die geschichtliche Wahrheit zu kurz kommen muß, ist selbstverständlich, denn wenn der evangelische Lehrer die Weltgeschichte nach seinen konfessionellen Gesichtspunkten „einrichtet“ und der katholische sie in ähnlicher Weise zurechtrückt, kann doch von wahrheitsgetreuer Darstellung keine Rede mehr sein. Es genügt schon, wenn wichtige Tatsachen **verschwiegen** werden.

Der Kölner Katechismus behauptet zum Beispiel, die große französische Revolution sei lediglich ein Werk der glaubenslosen Freigeisterei; er **verschweigt**, daß Bürger und Bauern durch eine jahrelange staatliche Schandwirtschaft bis aufs Blut ausgesogen worden waren, daß Adel und Klerus so gut wie **steuerfrei** blieben und mehr als 40 Prozent des ganzen Grundbesitzes innehatten. Er **erwähnt** die Greuel der Schreckenszeit, aber er **verschweigt** die wertvollen Errungenschaften von weltgeschichtlicher Bedeutung (**Aufhebung der Leibeigenschaft, grundsätzliche Aufhebung der Adelsvorrechte, moderner Rechtsstaat** usw.).

Ein Gegenbeispiel von einem protestantischen Gymnasium in Norddeutschland erzählt der bekannte Kunstschriftsteller Professor Aldenhoven aus seiner Schulzeit:

Einen lebendigen Katholiken konnten wir nur mit **geheimem Grauen** sehen, und um unseren Abscheu gegen die „**papistischen Greuel**“ zu erregen, wurde uns ein altes Buch über die Waldenferkriege gezeigt mit Holzschnitten, welche die **unnatürlichsten Martern** darstellten.

Auf neutralen Schulen würde es ein Lehrer nicht leicht wagen, in einer so einseitigen und gehässigen Weise zu unterrichten. Mißgriffe einzelner Lehrpersonen werden natürlich auch hier nie ganz zu vermeiden sein. Aber abgesehen von der für ein Kindergemüt unverständlichen Trennung nach Konfessionen hat die konfessionelle Schule noch einen anderen sehr bösen Fehler: sie zerplüßert das Schulwesen und begünstigt die Einrichtung von sehr kleinen, sogenannten Zwerghschulen. Nach dem Schulunterhaltungsgeetze muß auf Antrag schon für die kleine Zahl von mehr als

60 Kindern

eine besondere konfessionelle Schule eingerichtet werden. Nun ist doch klar, daß für eine so kleine Schar keine sechsklassige Schule eingerichtet werden kann! Diese 60 Kinder, die sich bei einer größeren Schule auf sechs Klassen verteilen würden, sitzen hier in **einem** Zimmer und haben nur **einen** Lehrer, der sich abwechselnd mit den den verschiedenen Lehrstufen angehörigen Kindergruppen beschäftigen muß. Daß diese einklassigen Schulen minderwertig sind und den Kindern nicht die gute Ausbildung mit auf den Lebensweg geben können, die eine mehrklassige Schule bieten würde, leuchtet ohne weiteres ein. Wir **brauchen** aber eine gute Schulbildung für unsere Kinder, wenn Deutschland seine Stellung als Wirtschaftsvolk im Wettbewerb mit der übrigen Welt behaupten soll. Eine verständige Schulpolitik wird daher bestrebt sein, die Schule dem konfessionellen Einflusse zu entziehen und sie zu einer neutralen Bildungsanstalt zu machen.

Die jedoch den religiösen Gefühlen keiner kirchlichen Richtung zu nahe treten darf.

Die Stunden sind so zu legen, daß der kirchliche Religionsunterricht, aber dessen Besuch nur die Eltern zu bestimmen haben, in bequemer Weise möglich ist.

In einigen Gegenden der Schweiz sind Schule und Kirche in dieser Weise geschieden und gerade die **strenggläubigen Anhänger** beider Bekenntnisse sind sehr zufrieden damit. In Gens läßt man zum Beispiel den ganzen Donnerstag schulfrei für den kirchlichen Religionsunterricht. Uebrigens hat sich das Zentrum in Baden mit den dort bestehenden, konfessionell gemischten Schulen ganz gut abgefunden.

Jedenfalls würde eine Reform in dieser Richtung eine außerordentliche Vereinfachung und Verbesserung unseres Schulwesens bedeuten und auch der frommsten Seele keinen Schaden bringen.

Die ganze kirchliche Schulpolitik ist im Grunde genommen

ein Angstprodukt;

man fürchtet, der Kirchenglaube könne leicht in die Brüche gehen, wenn die Kinder neutrale Schulen besuchen. Steht denn Euer Glaube auf so schwachen Füßen?

Das Schönste aber ist, daß das bedeutendste Zentrumsorgan, die **Römische Volkszeitung** (im Oktober 1908) selbst zugeben mußte, daß die moderne Staatschule Frankreichs in den dortigen katholischen Kreisen nur selten als Hauptursache der weitverbreiteten Kirchenfeindschaft angesehen wird und daß dort große Massen, die heute im kirchenfeindlichen Lager stehen, ehemals Schüler von **katholischen** oder gar **Ordensschulen** gewesen sind.

Es ist auf das tiefste zu beklagen, daß bei uns die ganze Politik einer großen Partei von der

Illusion

beherrscht wird, mit konfessionellen Schulen lasse sich der Bestand der katholischen Kirche am sichersten aufrecht erhalten.

Hauptsächlich diese Illusion treibt das Zentrum zu seinem **Zusammenarbeiten mit den Konservativen**, wobei man gerne die gemeinsame christliche Weltanschauung zu betonen pflegt. Daß es mit dieser gemeinsamen christlichen Weltanschauung nicht weit her ist, zeigt schon die Stellung der konservativen Fraktion zum Zweikampfe. Diese feudalen Herren setzen sich gegebenenfalls über das Gebot „Du sollst nicht töten“ dreist hinweg und fordern denjenigen, von dem sie sich beleidigt glauben, vor die **Mündung ihrer scharf geladenen Pistole**, um ihre vermeintliche Ehre wieder zu stützen. Diese braven Christen predigen ganz unverfroren den Verfassungsbruch, die Revolution von oben (Oldenburg, Rirbach usw.)!! Sie sind im Grunde

Die geschworenen Feinde jeglicher Volksvertretung.

Diese edlen Junker sind darauf bedacht, alle wichtigen Ämter im Staate für ihre Leute zu sichern und durch drückende Jölle auf Brot und Fleisch die ganze Bevölkerung zu plündern, sowie alle möglichen Vorteile und Liebesgaben auf Kosten der Gesamtheit für sich herauszuschlagen. Unter dem Vorwande, die **Landwirtschaft** zu schützen, bevorzugt man in ganz einseitiger Weise den **Großgrundbesitz**.

Natürlich wird das Zentrum durch ein Bündnis mit solchen Leuten gezwungen, **Recht und Gerechtigkeit mit Füßen zu treten**. Am schlagendsten zeigte sich das bei der Beratung der preussischen

Wahlreform

am 11. Februar 1910. Das Zentrum, das angeblich auch für Preußen das Reichstagswahlrecht fordert, trat nicht etwa auf die Seite der Junker, die in diesem Punkte tatsächlich mit ihm genau übereinstimmt, sondern schlug sich zu den Junkern, die die schärfsten Gegner des Reichstagswahlrechts sind.

Es stimmte sogar für die indirekte Wahl, die wegen ihrer Unlöslichkeit selbst von der Regierung preisgegeben wurde! Hätte das Zentrum nicht mit den Konservativen Hand in Hand gearbeitet, so wäre wenigstens die geheime und direkte Wahl angenommen worden, da sogar die Nationalliberalen hierfür zu haben waren. Den 212 konservativen Stimmen hätten dann gegenüber gestanden: Zentrum und Polen (119), Nationalliberale und Freisinnige (101), Sozialisten (7), also eine Mehrheit von 227 Abgeordneten. Die beliebte Ausrede, die Regierung sei gegen die geheime Wahl, ist gar nicht stichhaltig. Die Regierung war auch gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Das Zentrum entwickelte aber einen großen Eifer: unermüdlich brachte es Jahr für Jahr seinen Antrag immer wieder ein, bis der Widerstand der Regierung schließlich soweit gebrochen war, daß sie wenigstens den gefährigen § 2 fallen ließ. Auch seine Tagelöhner hat der Reichstag durch Energie und Beharrlichkeit durchgeleitet, obwohl die Regierung immer ihr „unannehmbar!“ verbandete. Die Abgeordneten sollen sich nur nicht einschüchtern lassen! Ebensovienig darf man den Widerstand des **Berrenhauses** überhören, zumal da die Krone durch Auerungen die Zusammenführung des Hauses jederzeit beliebig ändern kann.

Auch die Stellung d.s. Zentrums zu unserer geradezu **wahnsinnigen Wahlkreiseinteilung** ist sehr bezeichnend.

Bekanntlich (oder auch nicht bekannt!) hat nach dieser Wahlkreiseinteilung, die über 50 Jahre alt ist, in der Regel ein Wähler vom Lande allermindestens **doppelt soviel** Einfluss wie ein Städter.

Wer beispielsweise in Euskirchen wohnt, bedeutet als Wähler 4 mal soviel wie ein Kölner, denn hier kommt auf 230 000 Menschen 1 Volksvertreter und dort auf 55 000 gleichfalls 1 Abgeordneter. Der Winger in Bernkastel gilt 5 mal soviel wie der Bergmann in Bodum. Schleifische Bauern haben 3 mal soviel Wahlrecht wie **Wadener** Bürger, 1 ostpreussischer Landmann wiegt (spielend) 2 Wähler aus **Pomm** auf! Köln wird auf diese Weise um 3 Mandate betrogen, denn es müßte nach seiner Bevölkerungszahl nicht 2, sondern 5 Abgeordnete haben; das benachbarte Düsseldorf hat 2 Abgeordnete zu wenig! Aber nicht genug damit: Der ganze Westen wird auch noch gegenüber dem Osten benachteiligt. Die Rheinprovinz hat im ganzen 13 Abgeordnete zu wenig, Westfalen wird um 9 Sitze geprellt; Ostelbien hat dagegen 30 Mandate zu viel!!

Ist das nicht ein himmelschreiendes Unrecht?

Und was tat nun der Führer und offizielle Redner des Zentrums, Herr Herold? Der Mann **schämte sich nicht**, zu erklären:

Eine neue Einteilung der Wahlkreise ist in dem Entwurf (der Regierung) nicht vorgesehen und

Das hatten wir für einen Vorzug!!!

Welch ein Hohn auf die schöne Losung: „Für Wahrheit, Freiheit, Recht!“

Das Zentrum hatte ja auch in den Jahren 1900, 1901, 1902 und 1903 den von Theodor Barth und Dr. Wiemer alljährlich eingebrachten Wahlkreisentwurf regelmäßig niedergestimmt! Der Grund ist klar: Bei einer gerechten Wahlkreiseinteilung nach der Bevölkerungsziffer würden die Bundesgenossen des Zentrums, die Konservativen, etwa die Hälfte ihrer jetzigen Sitze im Landtage **einbüßen**, und damit wäre die Vorherrschaft der Junker endgültig beseitigt.

Uebrigens ist die **Reichstagswahlkreiseinteilung** ebenso unfinnig wie diejenige für den Landtag.

Einige Beispiele (die sich leicht vermehren ließen) mögen einen Begriff von den geradezu tollen Zuständen geben: Es hat ein Wähler in Waldorf 8 mal soviel Einfluss wie in Essen (Ruhr), in Ver in 1 12 mal soviel wie in Berlin VI, in Rippes-Schaumburg 25 mal soviel wie in Charlottenburg; Rheinland und Westfalen haben 12 Abgeordnete zu wenig, die Provinzen Preußen und Pommern die gleiche Zahl zu viel!

Auch hier hat sich das Zentrum stets den einfachsten Forderungen der Gerechtigkeit widersetzt, so daß heute im Reichstage der sogenannte schwarz-blaue Block die Mehrheit hat, obgleich nur 4 Millionen Wähler hinter ihm stehen, während die übrigen Abgeordneten eine Wählerkraft von 7 Millionen hinter sich haben. Es ist also die gesunde Vernunft auf den Kopf gestellt: Die **Minderheit** der Wähler hat das **Uebergewicht** im Reichstage! Und wir alle haben ihr Uebergewicht schwer fühlen müssen! Denkt an die **neuen Steuern** von 1909! — Daß eine Reform der Reichsfinanzen nötig war und auch noch nötig ist, kann gar nicht bestritten werden. Die **traurige**

Pumpwirtschaft

Bälows von 1900 bis 1909 hat die Reichsschuld in unerhörter Weise von 2400 auf rund 4400 Millionen, also um rund 2000 Millionen Mark in die Höhe getrieben, und hierbei hat das Zentrum als ausschlaggebende Partei (von der kurzen Zeit der Blockherrlichkeit abgesehen) mitgewirkt. Die Hauptrolle in den Reichsumkosten spielen **See** und **Flotte**, die mit jährlich mehr als 1200 Millionen zwei Drittel der Gesamtsummen ausmachen.

Insbesondere der Flottenetat schwillt seit dem neuen Flottengesetz unheimlich an (1910 rund 440 Millionen), was natürlich die Engländer beunruhigt und auch ihrerseits zu weiteren Rüstungen zwingt. Die hierdurch für das reiche England entstehenden Finanznöte brachten im Sommer 1908 den englischen Finanzminister Lloyd-George zu dem sehr veranlassenden Entschluß, nach Deutschland zu fahren und eine **Verständigung zwischen Deutschland und England** über das Maß der Seerüstungen anzugehen. Er wurde aber von unseren leitenden Staatsmännern föhrl abgewiesen! Als nun die Sozialdemokraten das verdienstliche Werk unternahmen, am 29. März 1909 der Reichskanzler wegen dieses Verhaltens zur Rede zu stellen und eine Entschüfung für die Verständigung mit England zur Abstimmung brachten, wurden sie vom Zentrum völlig im Stiche gelassen!

Durfte das Zentrum als Volkspartei so handeln?

Hier muß der Hebel zur Finanzreform zunächst angelegt werden!

Auch mit dem volksarmen Frankreich, das sogar Krüppel und Zwerge in seine Armee einstellen muß und unter den schwersten Heereslasten leidet, sollte man ein Uebereinkommen über das Maß der Rüstungen wenigstens versuchen. Sparen ließe sich auch an den Pensionen für vorgezigt verabschiedete, durchaus noch dienstfähige Offiziere. Diese Kosten sind unter **Wilhelm II. von 28 auf 118 Millionen** jährlich gestiegen! Aber Sparsamkeit allein tut's nicht! Auch eine Neugestaltung

der Reichseinkommen ist dringend nötig. Die Einnahmen des Reiches bestehen vorwiegend aus

Zölle

und Verbrauchs- sowie Stempelabgaben. Das Schlimme ist nun, daß unsere Zölle in der Hauptsache Nahrungs- und Genußmittel treffen, dadurch die ganze Lebenshaltung verteuern und dem Staatsbürger Opfer auferlegen, **die nur zum kleinen Teil in die Reichskasse fließen.** An den Brotgetreidezöllen kann man sich das leicht klar machen: Im Jahre 1908 hatte das Reich aus eingeführtem Roggen und Weizen eine Zolleinnahme von über 100 Millionen Mark. Aber nur $\frac{1}{5}$ des tatsächlich verbrauchten Getreides kam aus dem Ausland. Die übrigen $\frac{4}{5}$ waren in Deutschland gebaut worden. Da nun die Zölle auch das inländische Getreide um den Zollbetrag teurer machen, haben in erster Linie die Großgrundbesitzer allein an Mehrpreis für Roggen und Weizen **5 mal soviel in ihre Tasche gesteckt**, wie die Zolleinnahme des Reiches ausmacht, das heißt weit mehr als 500 Millionen Mark. Rechnen wir noch die Verteuerung des Hafers hinzu, die über 400 Millionen beträgt, so ergibt sich eine Gesamtbelastung von mehr als 1000 Millionen Mark. Nehmen wir nun an, daß $\frac{1}{2}$ der Bevölkerung selbstgebautes Getreide verbraucht (was sehr hoch gerechnet ist), so bleibt für die übrigen Einwohner noch immer eine Getreideverteuerung von allermindestens 800 Millionen Mark bestehen, wovon dem Reiche nur 100 und

den Großgrundbesitzern 700 Millionen zufließen.

Diese Zahlen sind sehr knapp gerechnet. Bedeutende Volkswirtschaftslehrer rechnen eine weit höhere Summe heraus. Das ist aber noch lange nicht alles. Wir haben noch **Zölle auf Vieh, Fleisch, Schmalz, Butter, Käse, Eier, Serringe, Süßfrüchte, Kakao, Kaffee, Tee, Reis, Gewürze**; wir haben **Steuern auf Bier, Tabak, Salz, Zucker**, die das Leben außerordentlich kostspielig machen und im höchsten Grade ungerecht sind, weil sie

den ärmsten Teufel mit dem Millionär über einen Kamm scheren.

Natürlich werden durch teure Lebensmittel auch Kleider, Schuhe, Möbel und viele andere Dinge teurer, denn die Arbeiter verlangen mit Recht Lohn erhöhungen, die vom Fabrikanten selbstverständlich auf die Warenpreise geschlagen werden. Die Einkommensteuern wachsen ebenfalls, weil die Beamten und Lehrer Teuerungszulagen brauchen. Diese ungeheuren Lasten kommen nur in verschwindendem Maße der Reichskasse zugute und sind die Ursache dafür, daß auch die direkten Staats- und Gemeindesteuern heutzutage bei den Einkommen unter 3000 Mark **ganz außerordentlich drückend und hart empfunden werden.** Das sind die Folgen unserer famosen Wirtschaftspolitik, an der das Zentrum ganz hervorragend beteiligt gewesen ist.

Auf noch eine andere höchst bedenkliche Wirkung unseres Zollsystems hat Prof. Kühnert in der Zeitschrift des Königl. Statist. Landesamts aufmerksam gemacht. Die landwirtschaftlichen Güter- und Pachtpreise sind ganz bedeutend gestiegen. Die Verkäufe von ländlichem Grundbesitz haben außerordentlich zugenommen, und es sind nicht selten Preise gezahlt worden, die einen rentablen Betrieb auf die Dauer unmöglich machen und in kritischen Zeiten zu Zwangsversteigerungen führen müssen. Ueberhaupt ist die **Hypothekensicherstellung des ländlichen Grundbesitzes seit dem jetzigen Zolltarif gewaltig in die Höhe gegangen.** Man kann also damit rechnen, daß die Lage vieler unserer Herren Agrarier in einigen Jahren genau so sein wird wie früher: den höheren Einnahmen stehen dann eben höhere Zinskosten gegenüber. Mit diesen Zollfunkt hat man lediglich einer kleinen Zahl von Großgrundbesitzern **Niesengewinne in den Schoß geworfen** auf Kosten des arbeitenden Volkes. Der eigentlichen Landwirtschaft ist gar nicht damit gedient, zumal da $\frac{3}{4}$ der Landwirte viel mehr an der Viehzucht als am Getreidebau interessiert sind. Dem viehhaltenden Kleinbauern hat man im Gegenteil die Futtermittel (z. B. Mais und Gerste) durch Zölle verteuert! Hierzu kommen die Lohn erhöhungen, größere Unkosten für Geräte und Maschinen, so daß — wenn der kleinere Landwirt überhaupt einen Nutzen von den Zöllen hat — dieser Gewinn durch die größeren Auslagen wieder aufgezehrt wird.

Der agrarische Zentrumsabgeordnete Dr. Heim hat es daher auch offen ausgeprochen, daß der ganze Zolltarif dem **Großgrundbesitz auf den Leib zugeschnitten ist.** Will man den Bauern helfen, so möge man zunächst die Futtermittel abheben und die Fideikommisswirtschaft beseitigen. Die preussischen Fideikommissgüter sind zusammen genommen **größer als die Provinz Westfalen.** Dieser hervorragend gute Boden ist den deutschen Bauern dauernd als Eigenbesitz entzogen, da die Fideikommissgüter unteilbar und unverkäuflich sind.

Wie würde nun eine

vollksfreundliche Steuerreform

aussehen?

Zunächst: Allmählicher Abbruch der Zollmauern! Lebensnotwendigkeiten dürfen nicht künstlich verteuert werden.

Sodann: **Ab Abschaffung der sogenannten Liebesgabe für die Schnapsbrennenden Junker**, wodurch der Reichskasse 45 Millionen zufließen!

Ferner: **Ab Abschaffung der Prämien auf Roggenausfuhr.** Wer Roggen ausführt, bekommt jetzt einen Einfuhr-Gutschein über 50 Mark für je 1000 Kilogramm. Mit diesen Scheinen darf man andere Zölle, z. B. Zölle für Kaffee und Petroleum, bezahlen, so daß diese Scheine an der Börse als Wertpapiere verkauft werden können. **Millionen gehen dadurch der Reichskasse verloren.** Der Abschaffung dieser Einfuhrscheine hat das Zentrum sich immer auf das entschiedenste widersetzt!

Weiter: **Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses** an Grundstücken unter Abtretung eines angemessenen Teiles der Steuer an die Gemeinden. Diese Steuer ist inzwischen eingeführt worden, leider in sehr abgeschwächter Form!

Ferner: **Einführung einer**

Reichsvermögenssteuer

mit kräftiger Steigerung für die großen Vermögen. Es ist merkwürdig, wie schwach die reine Vermögenssteuer bei uns entwickelt ist. In Preußen ist sie geradezu lächerlich gering, nur $\frac{1}{2}$ Mark für je 1000 Mark Vermögen. **Ein Millionär zahlt rund 500 Mark Vermögenssteuer.** Eine Reichsvermögenssteuer könnte zur Gesundung unserer Finanzen Wunder wirken. Sie müßte der bewegliche Faktor im Etat sein, derart, daß der Reichstag die Höhe derselben jeweils nach den zu deckenden Fehlbeträgen festsetzte.

Das Sträuben des Bundesrates gegen eine solche Steuer würde sehr bald aufhören, wenn der Reichstag sich auf andere Steuerfunkt nicht einließe. Die verbündeten Regierungen haben unter dem Zwange der Notwendigkeit schon manches stolze „Unannehmbar“ fallen lassen müssen. Die Vermögenssteuer ist aber auch eine hervorragend soziale Steuer, was man von der Einkommensteuer nicht immer sagen kann. Denn diese ist vielfach nur eine Besteuerung der fleißigen Arbeit, der **edlesten Quelle des Wohlstandes.** Wir besteuern die Quelle — die Arbeit — und schonen behelfsam das richtige Sammelbecken — das Vermögen — das eigentliche Kränlein „Nährmichnichtan“ bei allen Steuerprojekten.

Eine Abart der Vermögenssteuer ist die

Nachlasssteuer,

die in fast allen Kulturstaaten verbreitet ist und in England jährlich mehr als 500 Millionen einbringt. Auch sie ist sehr zu empfehlen, jedoch muß sie auch auf Ehegatten und Kinder ausgedehnt werden, sonst bringt sie zu wenig ein. Diese Nachlasssteuer war das einzige Gute, was die Steuerpläne der Regierung enthielten. Aber hiergegen erhob sich eine **wütende Hege des Junkertums.** Der greise Nationalökonom Prof. Wagner, der die Nachlasssteuer befürwortete, wurde in einer Verammlung der Agrarier **ni dergebrüllt.** Das Zentrum gestellte sich alsbald zu den Junkern. Dieselbe „kölnische Volkszeitung“, die im Jahre 1905 in einer Reihe von glänzend geschriebenen Artikeln die Nachlass- und Erbschaftsteuer auch für Kinder und Ehegatten als **echte soziale und gerechte Steuer** gerühmt hatte, die damals die Bedenken der Landwirte für ganz unbegründet erklärte und darauf hinwies, daß selbstverständlich der Steuerbeamte nicht **viertellos „am frühen Grabe“** erscheinen würde, dieselbe Volkszeitung brachte es jetzt fertig, alle die von ihr längst widerlegten faulen Redensarten gegen die Besteuerung der Ehegatten und Kinder wieder hervorzuholen. Und wie hoch würde die Steuerlast gewesen sein, sagen wir einmal bei einem Nachlass von 40 000 Mark, der zur Hälfte hypothekarisch belastet sei? **Ganze 100 Mark!** Und diese Summe hätte obendrein ratenweise gezahlt werden können. Nachlass unter 20 000 Mark sollten ganz steuerfrei bleiben. Es ist eine **Schmach**, daß das Zentrum hier den **Junkern Vorspanndienst** geleistet und diese gute Steuer zu Fall gebracht hat. Statt dessen wirkte das Zentrum dabei mit, die breiten Massen aufs neue zu belasten durch Erhöhung des **Kaffeezölles um 50 Prozent**, Erhöhung des **Teezölles auf das Vierfache**, weitere Belastung von **Tabak und Bier**, der wichtigsten Genußmittel des kleinen Mannes. Sodann schuf das Zentrum mit den Junkern die famose **Zündholzsteuer**, ferner die Steuer auf Glühkörper und elektrische Lampen, eine Steuer, die besonders die Fabriken, Werkstätten und Ladengeschäfte trifft und natürlich auf die Konsumenten abgewälzt werden muß. Durch die **Tabak- und Zündholzsteuer** sind zudem noch viele Arbeiter brotlos gemacht worden!

Und dann die **„Besitzsteuer!“** Zunächst die Talonsteuer, ein erbärmliches rohes Nachwerk! Eine Aktiengesellschaft, die seine Dividenden zahlt und sich gerade über Wasser hält, muß genau so viel Talonsteuer bezahlen wie ein Unterne man, das **Niesengewinn** erwirbt und dessen Aktien mit dem höchsten Nennwerte bezahlt worden, denn nur der Nennwert der Aktien ist für die Steuern maß-

Lebens. Diese schöne Besitzsteuer ist sogar eine **Steuer auf Schulden**: Sie zwingt die Städte, ihre Anleihe-Zinsscheinebogen zu versteuern, was die städtischen Einnahmen ganz bedeutend belastet. In ähnlicher Weise versteuert sie den Hypothekendarlehen, denn nicht die Pfandbrief-Inhaber, sondern die Hypothekenschuldner, die Geld aufnehmen, müssen die Steuer tragen. Weiter haben wir die Sachsteuer bekommen, eine plumpe Verkehrssteuer, die garnicht abgestuft ist, also den kleinen Sach genau so belastet wie den großen.

Von der Abschaffung der Branntwein-Diebesgabe,

deren Beseitigung vor den letzten Wahlen vom Zentrum durch den Mund des Herrn Erzberger verkündet wurde, war nachher keine Rede mehr. Sie wurde im Gegenteil noch erhöht. Die Diebesgabe wurde der **Prellstein**, woran Bülow's klägliche Blutschuldung zerbrach, und zugleich der **Grundstein** für den **Schnapsbrot**, jene Diebesgabe, von der Graf Posadowsky dem Abgeordneten Dr. Semler seinerzeit offen und ehrlich erklärte, daß sie bestehen bleiben müsse,

„denn andernfalls sind unsere ostelbischen Großgrundbesitzer nicht in der Lage, die notwendigen Zuschüsse für den Reutnant-Sohn und für den Referendar-Sohn zu geben.“

Doch genug der Einzelheiten. Auch dem Blödesten muß es klar werden, daß eine Partei, die mit den Junkern Hand in Hand geht, **unmöglich** die Interessen des Volkes wahrnehmen kann. Der Umstand, daß die Nationalliberalen und Freisinnigen ebenfalls bereit waren, 400 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen, kann dem Zentrum **nicht als Entschuldigung** dienen. Die genannten Parteien müssen wegen ihrer Haltung gleichfalls entseelt werden!

Was ist aber nun zu tun?

Wähler des Zentrums! Zunächst müßt Ihr Euch mit dem **Kulturkampfgepenst**

nicht mehr bange machen lassen. An derartige Ungerechtigkeiten und Dummheiten denkt höchstens noch ein kleiner Bruchteil von Nationalliberalen. Und ein zweites ist nötig. Ihr ehrt Eure Priester, Bischöfe und den Papst und folgt ihnen in allen religiösen Fragen. Schön, aber laßt Euch **von kirchlichen Kreisen nicht auch in weltlichen Dingen leiten**! Denn die Kurie geht in dieser Hinsicht sehr weit, sie will auch die **politische und gewerkschaftliche Tätigkeit** der Katholiken leiten und beaufsichtigen.

So versuchten im Jahre 1900 die preussischen Bischöfe mit ihrem Fuldaer Hirtenkreise einen **Vorstoß gegen die christlichen Gewerkschaften**, in denen katholische und evangelische Arbeiter **gemeinsam** für die Verbesserung ihrer Lage kämpften. Zehn Jahre später haben die Bischöfe diesen Gewerkschaften bestimmte Vorschriften für ihr Verhalten gegeben. Neuerdings hat Papst Pius X. die christliche Demokratie in Frankreich (Sillonismus) verurteilt, weil sie sich erhebt, **selbständig ohne kirchliche Leitung Politik zu treiben** und dabei auch mit Nichtkatholiken zusammen zu arbeiten. Um dieselbe Zeit kamen in kirchlichen Kreisen Bedenken gegen das Zentrum auf, weil man in neuerer Zeit in der Partei angeblich angelangen habe, den politischen Charakter des Zentrums in den Vordergrund zu rücken und seine tatsächliche konfessionelle katholische Wesensart, wenn auch nicht praktisch, so doch wenigstens theoretisch zu leugnen.

Laßt Euch derartige Einwirkungen kirchlicher Organe nicht gefallen, denn mit Eurem religiösen Glauben haben diese Dinge nichts zu tun. Laßt Euch nicht einreden, daß Eure Religion zugrunde ginge, wenn Eure Kinder mit Andersgläubigen auf ein und derselben Schulbank sitzen.

Welch ein Armutzeugnis

wäre das für Eure Religion! Tretet als freigeistliebende Kinder des Rheinlandes und der roten Erde für eine wahrhaft volksfreundliche Politik ein! Zieht Eure Abgeordneten zur Rechenschaft! Und wenn diese Herren weiterhin Eure religiöse Gesinnung und Eure Anhänglichkeit an die Kirche dazu benutzen wollen, um Euch klar zu machen, daß Ihr der Junker-Partei Handlangerdienste leisten müßt,

um die Religion zu retten,

dann gebt ihnen den Laufpaß!!!

Duldet es nicht länger, daß Eure Abgeordneten durch Paktieren mit den Junkern die Wahlreform in Preußen hinterreiben!

Duldet es nicht, daß das Zentrum durch Beibehaltung der jetzigen Wahlkreis-Einteilung die Städte um den ihnen gebührenden Einfluß im Parlament betrügt!

Duldet es nicht, daß man Euch die notwendigen Lebensmittel verteuert — zugunsten einer kleinen Zahl von Großgrundbesitzern!

Laßt es Euch nicht gefallen, daß Volksvertreter vor dem Träger der Krone **Lagebuden**, ihm die **enorme Gehaltserhöhung von 3 1/2 Millionen** (wegen der Teuerung!) bewilligen und daß Leute wie der Zentrumsführer Herr v. Hertling die Königsberger Gottesgnaden-Rede ganz in Ordnung finden, — jene Rede, aus der auch der dümmste die **Abneigung gegen jeglichen ernsthaften Einfluß der Volksvertretung** deutlich heraushören kann!

Aber ist beim Zentrum noch auf eine Wendung zum Besseren zu hoffen? Hat das Zentrum überhaupt

grundlegende politische Ueberzeugungen?

Seine Haltung in der politischen Hauptfrage — dem Wahlrecht — haben wir vorhin betrachtet. Sie ist höchst zweideutig! Im Januar 1904 hat das Zentrum sogar die **Windthorst'sche Tradition verleugnet**, indem es durch seinen Fraktionsredner Dr. Karl Wachem das Reichstagswahlrecht bekämpfte und ein Mittelstück zwischen Reichstagswahlrecht und Dreiklassenwahlrecht empfahl! Selbst die guten Ueberlieferungen der

Sozialpolitik

des Zentrums sind ins Wanken geraten. Seine durchaus unsoziale Finanzreform wird sobald nicht vergessen sein! Sogar die Beseitigung der **Fahrräder** wurde von einem großen Teil des Zentrums im Landtage beantragt, während die Kuruspferde frei bleiben sollten! Den reichen Fürsten **schentle** es die Wertzuwachssteuer und den Heizern der Marine **nahm** es die bisherige Bordzulage von täglich 20 Pfennigen. Die bittere Wille des Sozialisten verfaßte es den Arbeitern mit dem Versprechen einer **Witwen- und Waisenversicherung**, die später durch ein besonderes Gesetz hinausgeschoben werden mußte, weil nicht genug Geld da war!

Ist es nicht aussichtslos, von diesen Leuten eine echte Sozialpolitik zu erwarten? Eine Sozialpolitik, wie sie etwa die von Theodor Barth und anderen bedeutenden Politikern ins Leben gerufene

Demokratische Vereinigung

vertritt? Diese junge Partei hat in ganz kurzer Zeit auch in Rheinland und Westfalen zahlreiche Anhänger gewonnen.

Sie tritt ein für:

Unbedingte **Gleichberechtigung** aller Staatsbürger.

Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes **Wahlrecht** für Reich, Staat und Gemeinde.

Parlamentarische Regierung;

die Minister werden nicht vom Kaiser oder König über den **Kopf der Volksvertretung hinweg** ernannt, sondern aus den Führern der Mehrheit des Parlamentes ausgewählt, wie dies in anderen Kulturstaaten selbstverständlich ist. (Es müßten also augenblicklich die Herren Spahn, Hertling, Erzberger, Seydewitz u. a. Minister sein.)

Allmähliche **Abschaffung der Lebensmittelzölle** und Ersetzung derselben durch **direkte Reichssteuern**.

Beseitigung aller **Bevorzugungen des Junkertums**.

Förderung der Landwirtschaft durch **Aufhebung der Fideikommissionen**, sowie innere Kolonisation und Pflege des landwirtschaftlichen Bildungswesens.

Wirksamer **Schutz der Arbeiter und Angestellten** durch **Ausbau der Sozialgesetzgebung**.

Reform des **Bodenrechtes** und des **Wohnungswesens**.

Reform der **Militärgerichte** nach dem Muster der bürgerlichen Gerichtshöfe.

Der **Minderung der Rüstungen** durch internationale Vereinbarungen.

Schulreform: **Neutrale Schulen**. Religionsunterricht ist Sache der Kirche.

Trennung der Kirche vom Staat. Die Kirche ordnet ihre Angelegenheiten selbständig. Bei Bischofswahlen, Anstellung von Geistlichen usw. hat der Staat nicht hineinzureden. (Eine solche Trennung besteht in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die katholische Kirche fährt sehr gut dabei, und die dortigen kirchlichen Würdenträger denken nicht daran, gegen diese Trennung irgend etwas einzulwenden.)

Förderung der Friedenspolitik durch Schiedsgerichte.

Ausklärende Schriften, Auskünfte und Programme kostenfrei durch die

Geschäftsstelle des Demokratischen Verbandes für Westdeutschland, Köln-Nippes, Geldorpfstraße 7.

Fernsprecher 11663.

Verantwortlich: Johannes Scheer, Köln-Bindental, Siller-Straße 58. — Druckerei der Berliner Volks-Zeitung (Rudolf Rosse), Berlin SW. 19.

lebend. Diese schöne Besitzsteuer ist sogar eine Steuer auf Schulden: Sie zwingt die Städte, ihre Anleihe-Zinsscheindbogen zu versteuern, was die städtischen Staats ganz bedeutend belastet. In ähnlicher Weise veräußert sie den Hypothekendarlehen, denn nicht die Pfandbrief-Inhaber, sondern die Hypothekenschuldner, die Geld aufnehmen, müssen die Steuer tragen. Weiter haben wir die Schenksteuer bekommen, eine plumpe Verkehrssteuer, die garnicht abgestuft ist, also den kleinen Schenk genau so belastet wie den großen.

Von der Abschaffung der

Branntwein-Liebesgabe

deren Beseitigung vor den letzten Wahlen von dem Mund des Herrn Erzberger verkündet wurde. Sie wurde im Gegenteil Liebesgabe wurde der Preßstein, woran Bloßschöpfung zerfiel, und zugleich der Schnapsbloß, jene Liebesgabe, von dem dem Abgeordneten Dr. Semler seinerzeit erklärte, daß sie bestehen bleiben müsse,

„Denn andernfalls sind unsere Grundbesitzer nicht in der Lage, Zuschüsse für den Leutnant-Sohn, Referendar-Sohn zu geben.“

Doch genug der Einzelheiten. Auch das ist klar, daß eine Partei, die mit in Hand geht, unmöglich die Interessen nehmen kann. Der Umstand, daß die Nationalen ebenfalls bereit waren, 400 Millionen Steuern zu bewilligen, kann dem Zentrum schuldigen dienen. Die genannten Parteien ihrer Haltung gleichfalls entschieden bekämpften.

Was ist aber nun zu tun?

Wähler des Zentrums! Zunächst müßt

Kulturkampfgespenst

nicht mehr bange machen lassen. An der Rechten und Dummheiten denkt höchstens noch ein Teil von Nationalliberalen. Und ein zweites geht Cure Priester, Bischöfe und den Papst in allen religiösen Fragen. Schön, aber kirchlichen Kreisen nicht auch in weltliche. Denn die Kurie geht in dieser Hinsicht sehr die politische und gewerkschaftliche Tätigkeiten und beaufsichtigen.

So versuchten im Jahre 1900 die preussische Schulden Hirtenscheiben einen Vorstoß gegen Gewerkschaften, in denen katholische und gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lage. Später haben die Bischöfe diesen Gewerkschaften für ihr Verhalten gegeben. Neuerdings hat Papst Demokratie in Frankreich (Sillonismus) verurteilt, selbständig ohne kirchliche Leitung. Dabei auch mit Nichtkatholiken zusammen zu. Zeit kamen in kirchlichen Kreisen Bedenken gegen weil man in neuerer Zeit in der Partei angeblich den politischen Charakter des Zentrums in den Wahlen und seine tatsächliche konfessionelle katholische nicht praktisch, so doch wenigstens theoretisch zu.

Laßt Euch derartige Einwurfs Organe nicht gefallen, denn mit Glauben haben diese Dinge nichts zu tun. Einreden, daß Eure Religion zugrunde ginge, mit Andersgläubigen auf ein und derselben

Welch ein Armutsgewinn

wäre das für Eure Religion! Trete als frei des Rheinlandes und der roten Erde für eine freundliche Politik ein! Zieht Eure Abgeordnete! Und wenn diese Herren weiter Gefinnung und Eure Anhänglichkeit an die wollen, um Euch klar zu machen, daß Ihr Handlangerdienste leisten müßt,

um die Religion zu retten,

dann gebt ihnen den Kaufpaß!!!

Duldet es nicht länger, daß Eure Abgeordneten durch Paktieren mit den Junkern die Wahlreform in Preußen hintertreiben!

Duldet es nicht, daß das Zentrum durch Beibehaltung der jetzigen Wahlkreis-Einteilung die Städte um den ihnen gebührenden Einfluß im Parlament betrügt!

Duldet es nicht, daß man Euch die notwendigen Lebensmittel verteuert — zugunsten einer kleinen Zahl von Grundbesitzern!

Laßt es Euch nicht gefallen, daß Volksvertreter vor dem Träger der Krone **Lagebuden**, ihm die enorme Gehalts-**erhöhung von 3 1/2 Millionen** (wegen der Teuerung!) bewilligen und daß Leute wie der Zentrumsführer Herr in Berlin, die Königsberger Gottesgnaden-Rede ganz in jene Rede, aus der auch der Dämmerung gegen jeglichen ernsthaften Einfluß der deutlich heraushören kann!

Das Zentrum noch auf eine Wendung zum hat das Zentrum überhaupt

ende politische Ueberzeugungen?

in der politischen Hauptfrage — dem Wahlvorhin betrachtet. Sie ist höchst zweideutig! hat das Zentrum sogar die **Windthorst'sche** net, indem es durch seinen Fraktionsredner das Reichstagswahlrecht bekämpfte und ein Reichstagswahlrecht und Dreiklassenwahl- selbst die guten Ueberlieferungen der

Sozialpolitik

ins Wanken geraten. Seine durchaus form wird sobald nicht vergessen sein! Sogar **Fahrräder** wurde von einem großen im Landtage beantragt, während die August- sollten! Den reichen Fürsten **schentle** es die und den Heizen der Marine nahm es die Tage von täglich 20 Pfennigen. Die bittere es verfaßte es den Arbeitern mit dem Ver- tiven- und Waisenversicherung, die später res Gesetz hinausgeschoben werden mußte, held da war!

nichtslos, von diesen Deuten eine echte Sozialpolitik Volkspolitik, wie sie etwa die von Theodor in bedeutenden Politikern ins Leben gerufene

demokratische Vereinigung

ange Partei hat in ganz kurzer Zeit auch in Westfalen zahlreiche Anhänger gewonnen. für:

Ueberechtigung aller Staatsbürger.

ges, geheimes und direktes Wahlrecht für je und Gemeinde.

Regierung;

werden nicht vom Kaiser oder König über den **Verbreitung** hinweg ernannt, sondern aus der Mehrheit des Parlamentes ausgewählt, wie in Kulturstaaten selbstverständlich ist. (Es müßten sich die Herren Spahn, Hertling, Erzberger, wo. Minister sein.)

Abschaffung der Lebensmittelscholle und Er- ben durch direkte Reichssteuern.

Bevorzugungen des Junkertums.

Landwirtschaft durch Aufhebung der Fidei- die innere Kolonisation und Pflege des land- en Bildungswesens.

der Arbeiter und Angestellten durch **Aus- zialgesetzgebung.**

Rechtliches und des Wohnungswesens.

Gerichte nach dem Muster der bürgerlichen

der Rüstungen durch internationale Ver-

zentrale Schulen. Religionsunterricht ist

Kirche vom Staat. Die Kirche ordnet ihre

Angelegenheiten selbständig. Bei Bischofswahlen, An- stellung von Geistlichen usw. hat der Staat nicht hinein- zureden. (Eine solche Trennung besteht in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die katholische Kirche fährt sehr gut dabei, und die dortigen kirchlichen Würdenträger denken nicht daran, gegen diese Trennung irgend etwas einzubringen.)

Förderung der Friedenspolitik durch Schiedsgerichte.

Aufklärende Schriften, Auskünfte und Programme kostenfrei durch die

Geschäftsstelle des Demokratischen Verbandes für Westdeutschland, Köln-Nippes, Geldorpsstraße 7.

Fernsprecher 11663.

Verantwortlich: Johannes Scherer, Adin-Bindental, Hüller-Straße 68. — Druckerei der Berliner Volks-Zeitung (Rudolf Wosse), Berlin SW. 19.